

Antrag der Fraktion DIE LINKE**Soforthilfe für Wohnungslose bereitstellen!**

Die Situation für Wohnungslose in Bremen hat sich verschärft. Strukturelle Ursachen sind vor allem in der zunehmenden Armut und Erwerbsarbeitslosigkeit und in der Wohnungsknappheit im preisgünstigen Segment zu sehen. Akteure der Wohnungslosenhilfe gehen von derzeit 300 bis 400 Personen aus, die wohnungslos oder akut von Wohnungslosigkeit bedroht sind. Wohnungslose sind im Innenstadtbereich zudem vermehrt gewaltsamen Übergriffen von Passanten sowie Vertreibungen durch öffentliche und private Sicherheitskräfte ausgesetzt, womit das Grundrecht auf Freizügigkeit verletzt wird.

Die Notunterkünfte sind überfüllt, andere Versorgungseinrichtungen und ehrenamtlich organisierte Angebote sind ebenfalls an der Grenze ihrer Kapazitäten. Es zeigt sich immer mehr, dass die Betroffenen sehr unterschiedliche akute Hilfsbedarfe haben. Die vom Senat angestrebte Ambulantisierung ist lediglich für einen bestimmten Personenkreis von Wohnungslosen geeignet. Viele benötigen wohnbegleitende Hilfen oder sind auf eine intensive Betreuung in stationären Unterbringungsformen angewiesen. Die Zunahme von wohnungslosen EU-Bürgerinnen/EU-Bürgern aus Osteuropa stellt die Wohnungslosenhilfe zusätzlich vor enorme Herausforderungen. Die Verelendungsgefahr dieser Menschen ist besonders hoch, da sie sich häufig in besonders prekären Beschäftigungsverhältnissen befinden, die sie leicht verlieren können, oder deren Einkommen nicht für eine Wohnung reicht. Diese haben häufig keinen Rechtsanspruch auf Sozialleistungen und sind für das staatliche Hilffssystem nur schwer zu erreichen bzw. werden von diesem ausgeschlossen.

Das Land Bremen ist aufgefordert, Lücken im System der Wohnungslosenhilfe umgehend zu schließen, um seiner Schutzpflicht gegenüber Hilfedürftigen nachzukommen und eine weitere Zunahme von Wohnungslosen zu verhindern.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. ein niedrighschwelliges Angebot speziell für wohnungslose Menschen aus Osteuropa zu schaffen, das aufsuchende Sozialarbeit durch Mitarbeitende mit entsprechenden Sprachkenntnissen einschließt.
2. mehr Aufenthaltsstätten mit großzügigen Öffnungszeiten, also auch nachts, in den Stadtteilen einzurichten, in denen Wohnungslose, die von sich aus keine Beratungsstellen aufsuchen, versorgt werden können. Hierbei sind auch spezielle Angebote nur für Frauen zur Verfügung zu stellen.
3. mehr öffentlich gebundenen Wohnraum zu schaffen, um den Zugang für Wohnungslose sowie andere benachteiligte Personengruppen zu gewährleisten, die sich nicht auf dem freien Wohnungsmarkt versorgen können und auf einen sozial geschützten Teilsektor angewiesen sind.
4. im Zuge des Ausbaus der ambulanten Versorgung von Wohnungslosen mit Wohnraum auch ausreichend betreute und hausgemeinschaftliche Wohnmöglichkeiten für Menschen zur Verfügung zu stellen, die aufgrund multipler Problemlagen dauerhaft nicht selbstständig wohnfähig sind.

5. bei akuter oder drohender Wohnungslosigkeit bei der Anmietung von Wohnungen höhere Mietobergrenzen zuzulassen.
6. Maßnahmen zu ergreifen, um Gewalt gegenüber auf der Straße lebenden Menschen einzudämmen und deren gesellschaftlicher Stigmatisierung entgegenzuwirken.

Claudia Bernhard,
Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE